

# DEUTSCHE WIRTSCHAFT

## DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTS- POLITIK IM WINTER 1955/56

### Die konjunkturelle Situation

Das abgelaufene Jahr brachte für die Wirtschaft der Bundesrepublik neue Erfolge. Die industrielle Produktion hat 1955 das Doppelte von 1936 betragen. Der Außenhandel hat wiederum mit einem Exportüberschuß abgeschlossen, die Bestände an Gold und Devisen haben beachtlich zugenommen, und auch in den anderen Wirtschaftszweigen ist eine kräftige Aufwärtsbewegung unverkennbar. »Das Masseneinkommen ist weiter stark gestiegen, und bei kaum erhöhtem Konsumentenpreinsniveau hat sich der allgemeine Lebensstandard gegenüber dem Vorjahr um etwa 10 vH gebessert. Es dürfte den Vorkriegsstand (1936) — bei allerdings unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Schichten der Bevölkerung — um rund ein Drittel überschritten haben<sup>1)</sup>.«

Der schon im Laufe des verflossenen Jahres zu beobachtende und immer stärker werdende konjunkturelle Arbeitskräftemangel hat, von einem erträglichen saisonalen Rückgang nach Einbruch des Winters abgesehen, nicht nachgelassen. Er geht Hand in Hand mit einer Kreditanspannung, die die natürliche Folge der Politik der Bank deutscher Länder in Verbindung mit hohen Kassenüberschüssen der öffentlichen Hand beim Zentralbanksystem ist und die zum Jahresresulto durch die üblicherweise fällig werdenden Verpflichtungen der Wirtschaft gegenüber dem Staat noch verschärft wurde. Als einen wesentlichen Unterschied bei einer äußerlich ähnlichen Situation der englischen und amerikanischen Industrie einerseits und der westdeutschen andererseits bezeichnet der „Economist“ gerade diese Kapitalknappheit in der Bundesrepublik<sup>2)</sup>. Die restriktive Kreditpolitik der Zentralbank hatte das Ziel, eine Überhitzung der Konjunktur zu verhindern, konnte aber in ihrer vollen Stärke nicht zur Auswirkung kommen. Prof. Dr. Veit wies darauf hin, daß die volle Wirkung einer restriktiven Zentralbankpolitik heute praktisch nur die Geschäftsbanken trifft und die Wirtschaft sie nur sehr abgeschwächt zu fühlen bekommt; und daß andererseits schon sehr massive Kreditverteuerungen angewandt werden müssen, wenn ein Effekt erzielt werden soll, da bei der hohen steuerlichen Belastung des Gewinns eine doch relativ geringe Kreditverteuerung die Dispositionen kaum beeinflußt.

1) Tagesnachrichten des Bundeswirtschaftsministeriums Tom 23. 12. 1955.

2) The Economist vom 10. und 17. 12. 1955.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Institute hat um die Jahreswende das Ergebnis der unabhängigen Forschungen ihrer Mitglieder zur Lage der deutschen Wirtschaft der Öffentlichkeit vorgelegt. Danach ist das Bruttosozialprodukt 1955 um 12 bis 13 vH größer als im Vorjahre. Dabei entfiel auf die Industrie ein um 16 vH, auf den Bergbau ein um 6 vH, bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ein um 16 vH, bei den Investitionsgüterindustrien ein um fast 25 vH und bei den Verbrauchsgüterindustrien ein um mehr als 11 vH größerer Produktionsausstoß. Die Indices stiegen bei den Nahrungs- und Genussmittelindustrien um 10, bei der Energieerzeugung um 11 und bei der Bautätigkeit um 12 vH.

Die *Preisentwicklung* zeigte ebenfalls eine Disproportionalität in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Die Arbeitsgemeinschaft gibt einen Preisanstieg von 1 bis 2 vH im ersten und auf etwas über 2 vH, verglichen mit dem Vorjahr, im zweiten Halbjahr 1955 an. Bei einem Vergleich der Preise zum Jahresende mit demselben Zeitpunkt des Vorjahres kommt die Berliner Bank zu folgenden Preissteigerungen: Grundstoffpreise bei Nahrungsmitteln um 6 vH, bei Industrierohstoffen um 4 vH, Erzeugerpreise in der Landwirtschaft um 7 vH, in der gesamten Industrie um knapp 2 vH. Für die meisten Industriezweige gelten diese 2 vH; stärkere Abweichungen finden sich jedoch bei den Erzeugnissen der NE-Metallindustrien (+ 24 vH), bei Gießereierzeugnissen (+8 vH), bei Erzeugnissen der Gummi- und Asbestindustrie (+ 8 vH). Stabil blieben die chemische Industrie und die Energieerzeugung, die Textilpreise sanken. Der Einzelhandel konnte trotz der erwähnten Preissteigerungen gegen Ende des Jahres wieder zu den Vorjahrespreisen anbieten. Dennoch ist der Preisindex für die gesamte Lebenshaltung (mittlere Verbrauchergruppe) wegen der durchschnittlich achtprozentigen Erhöhung der Mieten und einer durchschnittlich dreiprozentigen Preissteigerung in den Bedarfsgruppen Reinigung und Körperpflege sowie Bildung und Unterhaltung trotz des leichten Rückgangs der Getränkepreise (— 2 vH) angestiegen<sup>3)</sup>.

Das Jahr 1955 war auf dem *Lohnsektor* durch eine Reihe von Tarifikündigungen — insbesondere zum Jahresende — und neu ausgehandelten Lohnerhöhungen charakterisiert. Dieser unverkennbar aufwärts gerichtete Lohn-trend wurde, mit seinem Schwerpunkt auf dem Eisen-, Metall- und Kohlegebiet, durch verschiedene Faktoren begünstigt. Die Bank deutscher Länder (BdL) weist darauf hin<sup>4)</sup>, daß nach allen vorhandenen Anzeichen die Welle der Lohnerhöhungen ihren Fortgang nehmen

3) Börsenbrief der Berliner Bank, 30. 12. 1955.

4) Monatsbericht der Bank deutscher Länder, November 1955.

wird. Der Neuabschluß von Tarifverträgen zugunsten der Arbeitnehmer werde dabei durch den scharfen Wettbewerb um Arbeitskräfte zwischen den einzelnen Branchen gefördert. Nachdem es in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie im November zu einer 7- bis 9prozentigen Lohnerhöhung gekommen ist und der Arbeitgeberverband der eisenschaffenden Industrie bereits sein Einverständnis mit einer etwa 8prozentigen Erhöhung erklärt hat, sind Lohnverhandlungen auch im Bergbau wieder aufgenommen worden, obwohl der Tarifvertrag bis zum März 1956 läuft. Die Abwanderungstendenz vom Bergbau in andere Industriezweige, die seit längerer Zeit zu beobachten ist, wird diese Lohnverhandlungen nachhaltig beeinflussen. Die Arbeitsgemeinschaft nennt eine Wachstumsrate der Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft von 6 bis 7 vH, der eine Fortschrittsgeschwindigkeit der Produktivität von 4 bis 5 vH gegenübersteht. Die Zunahme der Selbständigeneinkommen wird aber als noch größer angesehen. Die Wachstumsrate des gesamten Masseneinkommens, d. h. also das der abhängig und unabhängig Tätigen sowie der Rentner und Pensionäre blieb hinter der Zunahme der Arbeitseinkommen zurück. Erst mit dem 2. Rentenmehrbetragsgesetz, das eine Leistungserhöhung der Rentenversicherungen von jährlich gut 700 Millionen DM mit sich bringt, zog ein Teil der Renten nach.

## Geld und Kredit

Die fortschreitende wirtschaftliche Expansion in Verbindung mit der durch die Heraufsetzung des Diskontsatzes geschaffenen Kreditbremse führte zu einer Liquiditätsanspannung gegen Jahresende, die zwar zu diesem Zeitpunkt nichts Ungewöhnliches ist, der aber die gewohnte Oktober-November-Entspannung nicht vorausgegangen war.

Verschärft wird die Liquiditätsanspannung bei den Kreditinstituten durch den Umstand, daß diejenigen öffentlichen Haushalte, die ihre liquiden Mittel statt bei Kreditinstituten nur beim Zentralbanksystem unterhalten, ihre reichen Kassenüberschüsse auf diese Weise dem offenen Markt entziehen. In gleicher Richtung wirken die Überschüsse des Lastenausgleichsfonds, zumal die Ausgaben vorab unter der erwarteten Höhe verbleiben werden. Entgegengesetzt, also zugunsten einer gewissen Liquidität, wirkten im letzten Quartal 1955 lediglich ein geringer Rückgang des Bargeldumschlufs und der Anfall beachtlicher Devisenüberschüsse, die dem Zentralbanksystem angeboten werden konnten. Der Rückgang des Bargeldumschlufs trifft aber für den Monat Dezember schon nicht mehr zu, weil Weihnachtsgratifikationen, Rentenaufbesserungen, Lastenausgleichsausschüttungen und ein verstärkter Reiseverkehr zu den Feiertagen eine

fühlbare Zunahme des Bargeldbedarfs mit sich brachten. Einige der am Markt befindlichen Geldmarktpapiere mußten demgegenüber von der BdL eingelöst werden. Zusammengefaßt muß gesagt werden, daß die Belastungstendenzen die Entlastungstendenzen bei weitem übertrafen, so daß um die Jahreswende, unter Berücksichtigung eines neuerlichen Mittelentzugs durch Steuertermine im Dezember und erneute Erhöhung des Bargeldumschlufs, die Anforderungen an die Bankenliquidität beträchtlich waren.

Trotz aller Vorbereitungen, die der Bankensystem getroffen hat, wird er nicht um eine Inanspruchnahme des Zentralbanksystems herumkommen, und die bisherige Schonung des Rediskontkontingents wird sich als klug erweisen. Nach Ansicht der BdL blieb die Unternehmensnachfrage daher einem fühlbaren Druck ausgesetzt, der wesentlich dazu beitrug, daß die Obersteigerungstendenzen, die die Investitionstätigkeit fast das ganze Jahr 1955 hindurch gekennzeichnet hatten, trotz aller noch bestehenden Labilität gegen Schluß des Jahres doch in mancher Hinsicht gezügelter erscheinen.

Hinsichtlich der Kreditwirtschaft kann also gesagt werden, daß sich die Banken im Aktivgeschäft einer nachdrücklichen Zurückhaltung befleißigen. Das gilt für die kurzfristigen Kredite mit der Ausnahme des Monats Dezember und schon November, wo der erwähnte Bargeldbedarf eine verstärkte Kreditgewährung forderte. Dennoch bleibt die restriktive Linie, verglichen mit dem Vorjahr, unverkennbar. Wenn bei den mittel- und langfristigen Krediten auch gegenüber dem Jahre 1954 eine stärkere Expansion festzustellen ist, so zeigen die Banken, die auf Grund größerer Kapitalfonds aus den vergangenen Jahren bislang den Ansprüchen der Kundschaft noch gerecht werden konnten, heute keine Neigung mehr, den Kreditnehmern hinsichtlich der Konditionen weiter wie bisher entgegenzukommen.

Auffällig, aber bei der angespannten Liquiditätslage nicht verwunderlich, ist die Haltung der Geschäftsbanken gegenüber den Wertpapieranlagen. Ankauf seitens der Banken erfolgt nur noch als reiner Gefälligkeitskauf, und selbst bei zusammengefaßtem Bestand an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen ergibt sich eine Zunahme von nicht einmal mehr 4 Millionen DM gegenüber je 100 Millionen D-Mark im Oktober und September und rund 190 Millionen DM im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres<sup>5</sup>).

Nach Lage der Dinge muß deshalb auch der Wertpapiermarkt verkümmern, und in der Tat sank der Gesamtabsatz an neuen Wertpapieren im November 1955 auf 188 Millionen D-Mark, den niedrigsten Stand seit Juni 1953. Besonders hart sind davon die festverzinslichen Wertpapiere betroffen, während die Aktien-

<sup>5</sup>) Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Dezember 1955.

emission sich noch behauptet. Ein beträchtliches Angebot als Zeichen der starken Liquiditätsnachfrage steht dem gegenüber und verschlechtert die Kurse, die nur durch eine bewußte Kurspflege der Realkreditinstitute gehalten werden konnten. Die Kursentwicklung auf dem Aktienmarkt führte günstigerweise zu einer Durchschnittsrendite von 3,26 vH gegenüber nur 2,53 vH am 30. April 1955. Die in den letzten beiden Jahren erfolgte Steigerung der Aktienkurse lief vor den schon sehr günstigen Dividenden davon und führte zu einem Absinken der Rendite. Diese Diskrepanz scheint sich nun allmählich zurückzubilden<sup>6)</sup>.

## Außenhandel

Der Außenhandel hat 1955 einen Gesamtwert von rund 50 Milliarden DM erreicht. Damit hat er den Stand des Jahres 1954 um 20 vH überschritten. Dabei haben sich Einfuhr und Ausfuhr in bemerkenswertem Maße einander angenähert, denn man spricht, gestützt auf die Schätzungen der BdL, von einem Exportvolumen von etwa 25,5 Milliarden DM und einem Importvolumen von mehr als 24 Milliarden DM für das abgelaufene Jahr. Man rechnet mit einer runden Milliarde D-Mark an Ausfuhrüberschüssen 1955. Die immer noch, wenn auch nicht mehr so stürmisch ansteigenden Außenhandelsumsätze machten, am Sozialprodukt gemessen, 1936 ein Fünftel, 1953 ein Viertel und 1955 bereits ein Drittel aus<sup>7)</sup>. Das kräftige Nachziehen der Einfuhrseite, wenn auch zuletzt wieder langsamer, ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen; dabei gehen wachsende Inlandsnachfrage, volle Kapazitätsausnutzung auf vielen Sektoren, weltweite Liberalisierung und der zeitweilige Anstieg von Frachtkosten und Rohstoffpreisen Hand in Hand. Trotz dieser für die Bundesrepublik ungünstigen „terms of trade“ (der Austauschbedingungen, die klarwerden, wenn man weiß, daß die Preise der eingeführten Güter durchschnittlich um 4 vH höher anstiegen, die Exportpreise der Bundesrepublik sich aber gleichhielten) und trotz des Umstandes, daß gerade die Binnennachfrage sich auf diejenigen Gütergruppen konzentrierte, die den Hauptbestandteil des westdeutschen Exports ausmachen, ist die Zuwachsrate der Ausfuhr in der letzten Zeit wieder angestiegen, nachdem sie im August/September bis zur Bildung eines geringen Einfuhrüberschusses abgesunken war.

Im ganzen gesehen, so meint die BdL, befindet sich der Export der Bundesrepublik in einer relativ günstigen Wettbewerbslage am Weltmarkt. Sein Anteil an der Weltausfuhr — abzüglich der Ostblockstaaten — hat noch zugenommen und lag Mitte 1955 nur noch

6) Vgl. dazu Trautmann in „Der Volkswirt“ vom 24. 12. 1955.

7) Frankfurter Allgemeine, 27. 12. 1955.

wenig unter dem Vorkriegsstand. Dabei kommt ihm zugute, daß in anderen Ländern im Zuge einer allgemeinen konjunkturellen Aufwärtsbewegung ein Sog für Importgüter aller Art besteht. Es muß natürlich abgewartet werden, wie lange diese günstige Situation nicht durch den Wunsch der Partnerländer, ihre Zahlungsbilanz zu verbessern, zunichte gemacht wird.

Ein ohne entsprechende Verwendung hereinfließender Devisen- oder Goldstrom stellt eine Gefahr für die Volkswirtschaft dar, weil er laufend neues Geld entstehen läßt. Besonders im Zustand einer Hochkonjunktur können inflationistische Tendenzen jede Mäßigungspolitik zunichte machen. Eine Importerweiterung kann in diesem Falle segensreich sein. Für die Bundesrepublik gilt es, aus den Exportüberschüssen zahlreichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, als da sind: Rückzahlung und Verzinsung im auswärtigen Schuldendienst und Wiedergutmachungsleistungen. Darüber hinaus wird die Aufrüstung weite unproduktive Importe für die Bundesrepublik nötig machen, die mit Devisen zu bezahlen sind; der Einsatz eines Teils der deutschen Industriekapazität für die Rüstung muß seinerseits die Nachfrage nach Konsumgütern am Binnenmarkt unbefriedigt lassen und auf den Importsektor verweisen.

Solange es gelingt, die Binnennachfrage in einem für die Ausfuhr ungefährlichen Rahmen zu halten, ist anzunehmen, daß der Exporterlös ausreichen wird, um die Importe und den wachsenden auswärtigen Schuldendienst sowie die Wiedergutmachungsverpflichtungen abzudecken. Die BdL ist „daher nach wie vor der Meinung, daß ein Maßhalten in der inneren Expansion heute die beste und wirkungsvollste Sicherung der Ausfuhr darstellt, während Exportförderungsmaßnahmen, wie sie von einem Teil der Wirtschaft gefordert werden, sicher kaum fruchten würden, wenn sie sich gegen eine inflatorische Obersteigerung der Binnenkonjunktur durchsetzen müßten“<sup>8)</sup>.

## Um eine Bundes-Notenbank

Artikel 88 des Grundgesetzes schreibt die Errichtung einer einstufigen Notenbank für die Bundesrepublik vor. Dieser verfassungsrechtliche Auftrag war schon früher einmal Anlaß zu Gesetzentwürfen gewesen, und sowohl das Bundeswirtschaftsministerium (BWM) als auch die Fraktion der FDP der 1. Legislaturperiode hatten Entwürfe vorgelegt. Das Problem war durch vieles andere und Vordringlicheres überschattet worden.

Anfang November 1955 hörte man erstmalig wieder etwas von dem Entwurf eines Bundesbankgesetzes. Nach Bekanntgabe von Einzelheiten zeigte sich folgender Vorschlag des

8) Monatsbericht der BdL, November 1955.

BWM. Unter Berücksichtigung der Bundes- und Länderwünsche sowie des Art. 88 GG sollten die Landeszentralbanken fortfallen und einem föderativen Bundesbanksystem Platz machen. An die Stelle der Landeszentralbanken sollen Bundesbank-Hauptverwaltungen treten, deren Präsidenten auf Vorschlag des Bundesrates bestellt werden, um auf diese Weise den Länderinteressen gerecht zu werden. Der die Währungs- und Kreditpolitik bestimmende Bundesbankrat setzt sich aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, den 6 bis 8 Mitgliedern des Bankdirektoriums, die von der Bundesregierung vorgeschlagen werden, und den 10 Präsidenten der Hauptverwaltungen zusammen. Die Bank selbst ist Eigentum des Bundes und wird vom Direktorium geleitet und verwaltet. Völlig neu sind zwei Gremien, ein Verwaltungsrat, in dem die einschlägigen Ministerien des Bundes, und ein Beirat, in dem die Interessengruppen der Wirtschaft vertreten sind. Der Verwaltungsrat vertritt den Bund als Eigentümer und muß den Jahresabschluß der Notenbank genehmigen. Ein wesentlicher Unterschied liegt auch in der Stellung der Präsidenten der künftigen Hauptstellen gegenüber den heutigen LZB-Präsidenten. Letztere sind Leiter selbständiger Banken, von der Landesregierung bestellt. Sie entscheiden im Zentralbankrat, der ihnen Weisungen gibt, mit. Die Präsidenten der unselbständigen Hauptverwaltungen, vom Bund bestellt, würden vom Direktorium Anweisungen erhalten, andererseits im Zentralbankrat aber auf gleicher Ebene mit den Direktoriumsmitgliedern beschließen können.

Dieser Entwurf fand bei den Ländern, bei der BdL und auch beim Bundesfinanzministerium (BFM) wenig Sympathie. Die Wirtschaftspresse wies in ihren Analysen immer wieder auf die Mängel hin: Bundeseinfluß ist zu stark, die Stellung des Bundesbankpräsidenten ist zu sehr beschnitten, die eben so notwendige Unabhängigkeit ist in Gefahr. Die BdL lehnte den Entwurf mit der Begründung ab, die Unabhängigkeit sei nicht garantiert. Im einzelnen kritisierte sie: Notenbank ist Bundeseinrichtung (nicht Anstalt des öffentlichen Rechts), die Ernennung der maßgeblichen Persönlichkeiten erfolgt aus politischen Erwägungen, die Einflußnahme auf den Jahresabschluß ist ein Druckmittel, die Zwitterstellung der Hauptverwaltungs-Präsidenten ist untragbar.

Der Vorschlag, den die BdL ihrerseits einbrachte, geht von den Gegebenheiten, d. h. vom Bewährten aus. Die bisherigen Landeszentralbanken werden Tochterbanken einer Mutterbank, eben der Notenbank. Die Leiter der Tochterbanken bilden zusammen mit dem Direktorium der Mutterbank den Bundesbankrat, der die Politik der Bank bestimmt. Zwischen Tochterbanken und Mutterbank besteht ein Organschaftsverhältnis mit Gewinnabführung und Verlustvergütung. Für den

Präsidenten und den Vizepräsidenten hat die Bundesregierung allein das Vorschlagsrecht. — Dieser Entwurf fand in der Wirtschaftspresse eine überraschend gute Aufnahme.

Der abgeänderte BWM-Entwurf, der kommen mußte, unterschied sich in vielen Punkten von seinem Vorgänger. Beirat und Verwaltungsrat waren verschwunden, an die Stelle des Bundesbankrats sollte ein Direktorium treten. Insoweit war der Wunsch der BdL berücksichtigt. Auf der anderen Seite hielt der Entwurf am Bundeseigentum, an der Teilnahme des BWM und BFM an den Sitzungen und der Einspruchsmöglichkeit fest. Er garantiert, daß das Direktorium an Weisungen nicht gebunden ist. Das Direktorium soll sich aus dem von der Bundesregierung vorzuschlagenden Präsidenten und Vizepräsidenten, den 4 bis 6 Direktoriumsmitgliedern, deren Wahlmodus noch umstritten ist, und den 10 Präsidenten der Hauptverwaltungen, die vom Bundesrat nach Anhörung der Länderregierungen vorgeschlagen werden, zusammensetzen.

Das BWM weist den BdL-Entwurf hinsichtlich der Struktur (Mutter- und Tochtergesellschaften) zurück, während das BFM diesem Vorschlag Geschmack abgewinnen könnte.

Interessant ist der Ausgang einer Ressortbesprechung im BWM vom 16. und 17. Dezember 1955. Wie man erfährt, galt es zu prüfen, ob das Zentralbanksystem der Bundesrepublik überhaupt zweistufig ist. Diese Entwicklung ist bedeutsam. Noch bedeutsamer ist das Ergebnis: Es ist nicht zweistufig, denn die BdL treibt gegenüber den Landeszentralbanken keine Währungs- oder Notenbankpolitik wie gegenüber den Geschäftsbanken, eine zentralbankinterne Währungspolitik wäre ja auch sinnlos, da die den Landeszentralbanken entsprechenden Wirtschaftsräume zu unterschiedlich dastehen. Das BWM kommt zu der Feststellung, daß die BdL auf die Landeszentralbanken wie auf Filialen wirkt und daß das Zentralbanksystem demzufolge zwar mit verteilten Rollen, aber nicht zweistufig arbeitet.

Die von den Besatzungsmächten gewollte „Dezentralisierung“ des „Zentralbanksystems“ — ein Widersinn in sich selbst — konnte nur funktionieren, weil de facto ein einstufiges System mit Filialstellen entstand. Diese Erkenntnis des BWM sollte zu der Hoffnung berechtigen, daß ohne unnötige Umbaumaßnahmen, besonders ohne den bislang so ausgezeichnet funktionierenden Apparat zu gefährden, diese de facto bewährte Anlage in ein De-jure-Filialsystem überführt wird; mehr bedarf es zur Erfüllung des Art. 88 GG nicht.

## Finanzpolitik

*Finanzpolitik und Kassenüberschüsse:* Wenn die Mindestreservepolitik der BdL den Bestand im Zentralbanksystem um ½ Milliarde D-Mark erhöhte, so haben die Einlagen der

öffentlichen Hand in Höhe von 12 bis 13 Milliarden DM eine weit größere Restriktionskraft auslösen müssen. Die hohen Kassenüberschüsse sind deshalb auch seit längerer Zeit Gegenstand zahlreicher Angriffe. Aus Kreisen der Wirtschaft wird die Forderung nach Steuersenkungen erhoben, die angesichts der ungeheuren Reserven möglich, ja notwendig seien; der Bundesfinanzminister hält dem entgegen, daß diese Reserven keine echten Überschüsse seien, sondern aus vorläufigen Minderleistungen für die Verteidigung resultierten und in den nächsten Haushalt übernommen werden müßten, wenn man künftige Überbelastungen vermeiden will.

Über die Folge dieser Geldstillegungen in einer Zeit der Hochkonjunktur wurden verschiedene, aber — mit Ausnahme der des Bundesfinanzministers — kaum unterschiedliche Auslassungen gemacht. Die Abschöpfung größerer Geldmengen kann zu dieser Zeit nicht eigentlich schaden, wenngleich sie wohl etwas zu stoßartig vor sich ging. Allerdings muß man sich auch darüber klar sein, daß ihre spätere Verausgabung neue Kaufkraft schafft und inflatorisch wirken kann, wenn nicht ein entsprechendes Warenlager auf der anderen Seite steht. Das kann aber nur der Fall sein, wenn die Wirtschaft über private Kapitalbildung, also über Sparen, weiterarbeiten kann. Das ist der Grund, weswegen die Wirtschaft Steuersenkungen fordert. Die Industrie- und Handelskammer von Nordrhein-Westfalen sieht in den öffentlichen Kassenüberschüssen eine Abschöpfung von Kaufkraft, die schon sichtbar den Konsumgüterabsatz zurückgehen lasse; sie verhinderten eine ausreichende private Kapitalbildung, erlaubten dem Bergbau z. B. nicht seine erforderliche Kapazitätsausweitung und seien vor allem kein Anreiz für eine Minderung der Betriebsausgaben. Vielfach wird die Meinung vertreten, daß nur durch Steuersenkung eine Preissenkung möglich sei und unnötige Investitionen vermieden würden.

Der Bundesfinanzminister will dem Wunsche nach Steuersenkung insofern nachkommen, als er über Senkung der Verbrauchs- und Umsatzsteuern, des Notopfers Berlin sowie eine Verbesserung der Werbungskostenpauschale auf rund 1,5 Milliarden DM Steuergelder verzichtet. Andererseits verteidigt er seine Kassenüberschüsse mit dem Hinweis auf die Rüstung. Die nunmehr von der NATO genehmigten 9 Milliarden DM jährlich auf die Dauer von drei Jahren ergeben mit den bereits zurückgestellten Beträgen für diesen Zweck einen Betrag von 32 Milliarden DM, für den die deutsche Volkswirtschaft, die schon heute teilweise über das Optimum hin ausgelastet ist, Kriegsmaterial erzeugen muß, denn nur für 4 Milliarden DM sind Einfuhren vorgesehen.

Nun muß man sich aber eines vor Augen halten. Der Ankauf von Rüstungsgütern er-

fordert zwar auf der einen Seite Geld, auf der anderen aber Produktivkraft; d. h., das Rüstungsmaterial muß auf alle Fälle aus der laufenden Produktion genommen werden, ob wir dafür heute Steuergelder horten oder nicht. Entscheidend ist, daß die Industriekapazität um den erforderlichen Grad erweitert wird bzw. daß gegebenenfalls Devisenbestände bereitgestellt werden, um diese Artikel im Ausland in Auftrag zu geben. Eine geeignete steuerliche Reform ist in der Lage, hier viel zu tun, wenngleich die gewaltigen Anforderungen, die die Rüstung an eine hochkonjunkturelle Wirtschaft stellt — im Tiefstand wären sie ein willkommenes Antriebsmittel —, nicht unterschätzt werden dürfen, solange man es mit der Erhaltung des Lebensstandards ernst meint.

*Der neue Haushaltsplan:* Am 8. Dezember stand der neue Haushaltsplan der Bundesrepublik, nachdem er eine Woche vorher den ersten Durchgang erfolgreich passiert hatte, zur ersten Beratung vor dem Plenum an. Der Bundesfinanzminister hatte ihn unter dem Motto „Haushalt der Sicherung nach innen und nach außen“ eingebracht und erläutert.

Es zeigten sich keine erheblichen Verschiebungen gegenüber dem Plan von 1955/56, wenn auch das kräftige Wachstum der öffentlichen Hand ins Auge fiel. Bei einem Gesamtzuwachs von 2 Milliarden DM beträgt der ordentliche Haushalt diesmal 29, der außerordentliche 2,5 Milliarden DM. Den Hauptposten stellen die Verteidigungslasten mit 9 Milliarden D-Mark, die an die Stelle der 7,2 Milliarden D-Mark Besatzungskosten früherer Jahre getreten sind. Die bisher zwar bereitgestellten, aber nicht verbrauchten Rüstungsgelder werden ausdrücklich als „nicht echte“ Ersparnisse bezeichnet, die unbedingt dem ursprünglichen Zweck zugeführt werden müssen. Die Befürchtung, diese Rückstände könnten eines Tages schlagartig in die Wirtschaft fließen und sie ruinieren, werden als unbegründet bezeichnet.

Neben dieser Sicherung nach außen, die durch die Wiederaufrüstung gewährleistet werden soll, sieht der Bundesfinanzminister in der Aufrechterhaltung und Stärkung der sozialen Leistungen das Mittel für die Sicherung nach innen. Der Sozialetat beläuft sich auf rund 8,1 Milliarden DM und wurde gegenüber dem Vorjahr damit um 30 Millionen DM erhöht. Damit sollen bereits die Mittel für die geplanten Verbesserungen, z. B. in der Kriegsopferversorgung, berücksichtigt sein. Die Gesamtleistungen des Bundes, der Länder, der Sozialversicherungsträger und des Lastenausgleichsfonds belaufen sich 1956 schätzungsweise auf 21,7 Milliarden DM. Von dem in Form von Steuern und Beiträgen in Höhe von 59,5 Milliarden DM vom Sozialprodukt abgeschöpften Arbeitsertrag wird über ein Drittel auf die sozial schwache Bevölkerung verteilt.

Die wirtschaftspolitisch besonders relevanten Posten des Bundeshaushalts ergeben folgendes. Für Bürgschaften und Garantien des Bundes wurde jetzt ein Betrag von 15 Milliarden D-Mark erreicht. Hier stehen an erster Stelle die Ausfuhrbürgschaften (etwa 5 Milliarden D-Mark), es folgen die Bürgschaften für andere Wirtschaftsbereiche und schließlich 1,2 Milliarden DM für die Finanzierung von Lebensmittelbevorratungen. An Subventionen wurden für die Landwirtschaft 80 Millionen D-Mark von insgesamt 120 Millionen DM vorgesehen.

Angesichts der katastrophalen Verkehrslage wurde auch der Verkehrshaushalt um rund 150 Millionen DM auf 1,5 Milliarden D-Mark erweitert; dabei wurden die Mittel für den Straßenbau um mehr als das Dreifache erhöht. Die Beträge für den Wohnungsbau blieben unverändert; angesichts des angespannten Baumarktes wird diese Tatsache bereits als gewagt angesehen.

Konjunkturpolitische Eingriffsmöglichkeiten hat sich der Bundesfinanzminister insofern geschaffen, als er an einigen Posten — insbesondere an bauwirtschaftlich erheblichen — Sperrvermerke anbringen ließ, deren er sich zu bedienen beabsichtigt, wenn die Konjunktur es erforderlich macht.

Es bleibt zu hoffen, daß die zu Rüstungszwecken nun einmal beiseite genommenen Geldmittel — unter sorgfältigster Kontrolle auch durch die BdL — so vorsichtig und zweckmäßig wie möglich der Volkswirtschaft zugeführt werden, um die bereits angedeuteten Gefahren zu verhindern.

## Ausblick

Anläßlich der großen konjunkturalpolitischen Debatte des Bundestages am 20. Oktober 1955 in Berlin kam zum Ausdruck, daß weder Regierung noch Parlament wünschten, durch Globalmaßnahmen die Konjunktur zu dämpfen. Echte konjunkturpolitische Maßnahmen kamen gar nicht zur Aussprache, ja, sie wurden schon vor Beginn der Debatte fallengelassen. Die Reihe der meisten der vorgeschlagenen Eingriffe zeigte deutlich, daß es den Sprechern angesichts einer als sehr gut diagnostizierten Konjunktur darauf ankam, ihre jeweils speziellen Wünsche auf Umverteilung des Sozialprodukts vorzubringen. Nichts deutete darauf hin, daß man in der Entwicklung eine Gefahr befürchten müsse.

In seinen „Grundsätzlichen Gedanken zur Konjunkturdebatte“ vertritt der Kieler Professor *Baade* den Gedanken, Lohnaufstiege seien nicht gefährlicher als Preisrückgänge. Man dürfe nicht in den Aberglauben der zwanziger Jahre zurückfallen, als ob Preisrückgänge an sich etwas Wünschenswertes seien. Allgemeiner

Preisrückgang bedeute, daß der unternehmende Mensch, der mit geborgtem Geld etwas schaffen will, bestraft wird, und daß der Geldverleiher einen unverdienten Gewinn in Gestalt gesteigerter Kaufkraft des Geldes bekommt<sup>9</sup>).

Die in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute zusammengeschlossenen sechs Institutionen gaben einen gemeinschaftlichen Ausblick für die Bundeswirtschaft heraus<sup>10</sup>). Dabei steht die Frage des Arbeitskräftemangels, der Steuer- und Zollpolitik und des Haushaltsüberschusses im Mittelpunkt der Analyse. Bemerkenswert ist vor allem, daß zwei der sechs Institute, nämlich das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, und das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv in einem Sondergutachten eine von den vier anderen Instituten abweichende Meinung vertreten.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Ifo-Institut, München, das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode, und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen sehen in der unbeeinflussten Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft die Gefahr einer spürbaren Preiserhöhung. Die Knappheit an Arbeitskraft bei hohen Investitionen bewirkt die Forderung und Gewährung von Löhnen und die Bildung von Unternehmereinkommen, die tendenziell über das Güterangebot hinausstreben. Liberalisierungs- und Zollpolitik können dabei nichts Entscheidendes tun, dies ist vielmehr nur im monetären Bereich möglich. Wenn Steuersenkungen zwecks Leerung der öffentlichen Kassen, zur Bildung betrieblichen Eigenkapitals usw. nicht expansiv wirken sollen, bedarf es schwerwiegender kreditpolitischer Eingriffe. Das Sondergutachten bestreitet eine akute Gefahr für die westdeutsche Wirtschaft, in eine Periode aufsteigender Preise zu geraten. Seiner Ansicht nach sind Drosselung der Kreditschöpfung der Geschäftsbanken durch Maßnahmen des Zentralbanksystems und die Senkung bestimmter Preise durch den Abbau von Verbrauchssteuern und Zöllen die angezeigten Konjunkturinstrumente. Es hält die Vernichtung von Kaufkraft als faktische Folge der übermäßigen Kassenhaltung des Fiskus für verfehlt und verlangt statt dessen Steigerung der produktiven Staatsausgaben und Steuersenkung.

Im ganzen gesehen erlangt man den Eindruck, daß das vorwärtstürmende Roß der westdeutschen Wirtschaft noch den Zügeln der BdL gehorcht, so daß von einer akuten Gefahr nicht gesprochen werden kann.

*Wolf Donner*

8) Zitiert nach dem Börsenbrief der Berliner Bank Tom 16. 12. 1955.

10) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, vom 22. 12. 1955.